

GEW Bayern fordert echten Dialog zum Gymnasium

Klarheit bei den Zulassungsschranken vor dem Referendariat

Mitteilung: GEW Bayern

Die Landesfachgruppe Gymnasium der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Bayern hat am 28. 6. 2014 auf ihrer Sitzung in München zu den aktuell diskutierten Themen rund um das Gymnasium Stellung bezogen.

1. Zur Debatte um eine Reform des Gymnasium

Die Landesfachgruppe Gymnasium der GEW Bayern fordert die CSU auf, eine eigene Position in die Debatte zum Gymnasium einzubringen. „Es ist offensichtlich, dass sich die CSU vor dem Volksbegehren zum Gymnasium aus rein taktischen Gründen nicht äußert. So lässt sich das Fähnchen nach dem Wind hängen“, sagte Andreas Hofmann, Vorsitzender der Gymnasiallehrkräfte in der GEW. „Der von CSU-Minister Spaenle initiierte ‚Dialog‘ über die Zukunft des Gymnasiums ist ohne Beteiligung der Regierungspartei eine Farce“. Zudem wurde die GEW nicht an den „Werkstattgesprächen“ des „Dialogs“ beteiligt. Offenbar ist das Ministerium der Auffassung, dass die in der GEW organisierten Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer nicht zur sogenannten „Schulfamilie“ zählen. Dies wurde auf dem Treffen der GEW deutlich kritisiert. Die GEW bekräftigte auf der Sitzung nochmals ihre veröffentlichten Positionen zum Gymnasium.

Notwendig ist eine Reform aller Jahrgangsstufen, die insbesondere die pädagogische und inhaltliche Ausrichtung umfasst. Die Möglichkeit der Zusammenlegung von Schularten darf nicht tabuisiert werden. Auf den prognostizierten Rückgang der Schülerzahlen gerade im ländlichen Raum muss jetzt eine Antwort gegeben werden.

In einem neu gestalteten Gymnasium soll mit dem Ende der Jahrgangsstufe 10 die Sekundarstufe I mit den Anforderungsprofilen des Mittleren Schulabschlusses abgeschlossen werden. In der Oberstufe (Sekundarstufe II) soll es eine flexible Einführungsphase (11. Jahrgangsstufe) geben, die übersprungen und z. B. für einen Auslandsaufenthalt genutzt werden kann. Die Qualifikationsphase dauert daran anschließend 2 Jahre. Eine mit den Vorgaben der Kultusministerkonferenz konforme flexible Oberstufe ist möglich!

2. Keine Zulassungsschranken für das Referendariat

Die Landesfachgruppe Gymnasium der GEW Bayern lehnt die von Minister Spaenle angekündigten Zulassungsbeschränkungen für den Vorbereitungsdienst für die Lehrämter (Referendariat) aus mehreren Gründen ab. Es besteht in vieler Hinsicht an den Gymnasien weiter Bedarf nach mehr Lehrkräften: für die Ganztagesangebote ebenso wie für die individuelle Förderung und die Absenkung der Klassenstärke. Auch für die Erfüllung der gestiegenen Erwartungen der Gesellschaft an die Erziehungsleistungen der Schule werden Lehrkräfte

benötigt, die z. B. ausreichend Zeit für Gespräche mit Schülerinnen und Schülern haben müssen. Eine Zulassungsbeschränkung würde verhindern, dass auch in Zukunft genügend qualifizierte Lehrkräfte für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben ausgebildet werden. Die GEW wertet die geplante Regelung als einen Angriff auf das Grundrecht auf Ausbildungsfreiheit (Art. 12 Grundgesetz). Weil die berufliche Ausbildung zum Lehramt Studium und Referendariat umfasst, muss auch der Zugang zum zweiten Abschnitt frei sein. Es ist verantwortungslos, die jungen Menschen nach einem anspruchsvollen Studium mit dem Abschluss des ersten Staatsexamen in die Erwerbslosigkeit zu verabschieden. In scharfem Kontrast zu der von CSU und Ministerium überall verkündeten Transparenz und Klarheit ist weder der angekündigte, sogenannte „Vertrauensschutz“ für die derzeitigen Lehramtsstudierenden in irgendeiner Form erläutert worden, noch ist auch nur in Ansätzen erkennbar, wie die verfassungsrechtlichen Vorgaben für einen derartigen Grundrechtseingriff in Bayern erfüllt werden sollen. Die Bestrebungen, ausreichende und fundierte Beratungsmöglichkeiten für Interessierte am Lehrer*innen-Beruf, v. a. zu einer sinnvollen Fächerwahl, zu schaffen, begrüßte Andreas Hofmann, Vorsitzender der GEW-Landesfachgruppe Gymnasium. Dabei müsse aber ganz klar sein, dass es häufig die derzeit belastenden Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte sind, die zu Problemen führen und nicht die Einstellung von angeblich für den Lehrberuf „nicht geeigneten“ Absolvent*innen.

3. Ganztagschule

Die Landesfachgruppe Gymnasium der GEW Bayern fordert, die Ganztagsangebote an den Gymnasien endlich mit einer stark verbesserten räumlichen und personellen Ausstattung zu versehen. Nur dadurch können diese Ganztagesangebote für die Schüler*innen ein Gewinn werden und für die Beschäftigten erträgliche Arbeitsbedingungen geschaffen werden. In Ganztagschulen müssen sich die bewährten Angebote der Jugendhilfe, insbesondere das Fachkräfteangebot, wieder finden. Um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im „Ganztags“ zu verbessern und Planungssicherheit und Kontinuität in der pädagogischen Arbeit für die Schüler*innen, die Eltern, die Schule und die Beschäftigten zu schaffen, fordert die GEW eine adäquate tarifliche Bezahlung auf Grundlage des TvöD/TV-L und die Umwandlung von befristeten in unbefristete Stellen. Die alleinige Zuständigkeit für die Ganztagschulen solle beim Bildungsministerium liegen. Das von der CSU vorgeschlagene Umfunktionieren von Bibliotheksräumen in Arbeitsplätze für Lehrkräfte ist bildungsfeindlich und wirkungslos.

PM v. 2.7.2014
Elke Hahn
www.gew-bayern.de